

Einheitliches Zentralabitur für Deutschland?

Stellungnahme zu einem Vorstoß von Günther Oettinger

Man reibt sich verwundert die Augen: Noch kein Jahr ist es her, dass durch die Föderalismusreform Bildungspolitik zur ausschließlichen Ländersache erklärt wurde. Und jetzt setzt sich der Vorsitzende der Föderalismuskommission II und glühende Verfechter eines Wettbewerbsföderalismus an die Spitze einer Initiative für ein einheitliches Zentralabitur für Deutschland (Stuttgarter Zeitung 4.8.07).

Die Begründung ist mager. Vergleichbarkeit der Prüfungsergebnisse im Hinblick auf die Mobilität von Arbeitnehmern, wird angeführt.

Aus Sicht der Bundesfachgruppe Gymnasien geht es Günther Oettinger und seiner Partei mit ihrer Forderung nach einer weiteren Zentralisierung von Bildung nicht in erster Linie um den Schulerfolg von Schülerinnen und Schülern in einer globalisierten Welt, sondern um Macht und Kontrolle sowie die Kommerzialisierung von Bildung im Rahmen eines weltweit wachsenden Marktes.

Offensichtlich wird auch, dass föderale Kleinstaaterei und neoliberal gesteuerte Bildungspolitik miteinander wenig verträglich sind.

Anhand von drei Bereichen soll das machtpolitische und wirtschaftspolitische Steuerungspotential eines einheitlichen deutschen Zentralabiturs beleuchtet werden:

1. Profilierung in der Bundespolitik

Seit Jahren setzt Baden-Württemberg in der Kultusministerkonferenz erfolgreich seine Pläne zur Abschaffung des Kurssystems in der gymnasialen Oberstufe und Einführung des Zentralabiturs in allen Bundesländern durch. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz sind derzeit alle Länder dabei, Varianten des baden-württembergischen Modells der gymnasialen Oberstufe zu übernehmen. Oberstufenschülerinnen und –schüler werden immer mehr in Belegverpflichtungen eingezwängt, so dass echte Schwerpunktsetzungen kaum noch möglich sind.

Da eben etliche Bundesländer zum ersten Mal ein landesspezifisches Zentralabitur erprobt haben, dürften sie jetzt bereit sein, einen Schritt weiter zu gehen. Zumindest signalisiert das der niedersächsische Kultusminister Busemann.

Und da gibt es noch Annette Schavan, der es als Kultusministerin in Baden-Württemberg nicht vergönnt war, ein bundesweites Zentralabitur durchzusetzen. In ihrer jetzigen Position kann sie den Ländern bildungspolitisch wenig vorschreiben. Ein gemeinsamer erfolgreicher Vorstoß von Oettinger, Schavan und der CDU dürfte deren bundespolitisches Gewicht deutlich stärken.

2. Ablenkung vom bildungspolitischen Scherbenhaufen im eigenen Land

Die Baden-Württembergische Landesregierung hat sich verpflichtet, ab 2011 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Gleichzeitig beschließt das Land das Milliardenprojekt Stuttgart 21. Trotz boomender Wirtschaft und hohen Steuereinnahmen ist dies nur realisierbar, wenn gespart wird, und zwar an einem bedeutenden Haushaltsposten wie dem der Bildung. 5200 fertig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten stehen zu Beginn des neuen Schuljahres trotz massivem Lehrermangel und großen Klassen auf der Straße.

Von dieser Sparpolitik sind die Hauptschullehrer überproportional betroffen. Und das, obwohl Hauptschulrektoren angesichts der Benachteiligung von Hauptschülerinnen und –schülern an die Öffentlichkeit gegangen sind, und die Abkehr vom gegliederten Schulsystem zugunsten des Aufbaus eines integrativen Bildungssystems fordern.

Statt eines ernsthaften Dialogs und der Einstellung der dringend gebrauchten Lehrerinnen und Lehrer soll nach den Worten des Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Christian Bäuml, ein bundesweites Zentralabitur herhalten, um den Protest einzudämmen. „Ein Zentralabitur könnte einen fruchtbaren Wettbewerb zwischen gegliedertem Schulwesen, Gesamtschulen, öffentlichen und privaten Schulen ermöglichen. Der Diskussion über Schulstrukturen könne damit die ideologische Schärfe genommen werden.“ (Stuttgarter Zeitung, 7.8.07)

3. Kommerzialisierung des Bildungswesens

Ein bundesweit einheitliches Abitur ist das zentrale Steuerungsmittel im Hinblick auf eine Deregulierung und Kommerzialisierung von Bildung.

Auch wenn mit einer Ausnahme inzwischen alle Bundesländer eine zentrale Durchführung des Abiturs erprobt oder zumindest beschlossen haben, gibt es kaum allen Bundesländern gemeinsame Regelungen.

Diese Vielfalt steht der Ausschöpfung von weiteren Einsparpotentialen für die Länder entgegen, die in einer weitgehenden Kommerzialisierung und Privatisierung des bisher staatlich finanzierten Bildungsangebots liegen.

Erst die Beschränkung der Prüfung auf wenige Fächer und auf objektiv überprüfbare Wissenskataloge bewirkt einen genügend hohen Anreiz zur Kommerzialisierung von Bildung:

- Der Profit und Einfluss von Schulbuchverlagen vergrößert sich beträchtlich, wenn sie statt 16 Ausgaben nur ein auflagenstarkes Schulbuch herausgeben müssen.
- Eine ausgeprägte Nachhilfeindustrie konnte sich bis jetzt vor allem in den Ländern mit Zentralabitur auf der Basis von genau bekannten Anforderungen entwickeln.

Die Möglichkeiten sind allerdings viel weitergehender.

- E-Learning-Programme im Sinne von gebührenpflichtigen Paukprogrammen, die bisher in der Schule nicht reussieren konnten, werden für die Lernenden interessant und für die Medienkonzerne äußerst lukrativ, insbesondere wenn diese weltweit angeboten werden können. Dies erzeugt einen zusätzlichen Druck in Richtung einer weiteren Vereinheitlichung von Lehrinhalten weltweit. Zudem wird die Ausbreitung von E-Learning eine massive Rückwirkung auf die Qualität der Lehrerbildung haben.
- Einheitliche Prüfungsanforderungen ermöglichen es den weltweit agierenden Testagenturen, die derzeit vorwiegend in den USA und Australien angesiedelt sind, auch auf dem deutschen Markt im schulischen Bereich aktiv zu werden.

Die Bundesfachgruppe Gymnasien hat zu den genannten Themenbereichen umfangreiche Papiere verfasst, die zum Teil im Internet abrufbar sind.

Darüber hinaus wird sie sich am 15. September 2007 auf einer gemeinsamen Tagung aller GEW-Fachgruppen, die mit der Abiturprüfung befasst sind, mit den Erfahrungen und Auswirkungen der verschiedenen Formen des Zentralabiturs befassen.

Eva-Maria Hartmann/9.8.2007